



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

21. Sitzung (öffentlich)

30. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Jens Petersen (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2379

Ausschussprotokoll 15/314
Stellungnahmen siehe APr 15/314

Der Ausschuss kommt überein, die inhaltliche Beratung und die Beschlussfassung zu dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

2 Mindestanforderungen an ein Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen 6

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/656

Ausschussprotokoll 15/119
Stellungnahmen siehe APr 15/119

Der Ausschuss kommt überein, diesen Antrag gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen abschließend zu behandeln.

3 Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier begleiten und gezielt fördern 7

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1316

Der Ausschuss kommt überein, nach Vorlage des vom Ministerium angekündigten Berichts zu dem Thema die abschließende Beratung durchzuführen.

4 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (BauO NRW) – Änderung des § 65 Abs. 1 und 2 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2359

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

5 Gemeinsame Vorteile statt Vorurteile – Nordrhein-Westfalen unterstützt die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und eine gesteuerte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2858

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss erklärt sich in Gänze damit einverstanden, die abschließende Beratung nach erfolgtem Expertengespräch durchzuführen.

6 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320
Stellungnahmen siehe APr 15/320

Der Ausschuss kommt wegen Beratungsbedarfs einvernehmlich überein, die abschließende Beratung in der nächsten Ausschusssitzung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

7 Sachstand Novellierung des Landesplanungsgesetzes 13

– Bericht der Landesregierung –

– Bericht durch LMR Dr. Christoph Epping (StK) (siehe Vorlage 15/1020) 13

8 Verschiedenes 14

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten öffentlichen Anhörung zum Klimaschutzgesetz pflichtig zu beteiligen.

4 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (BauO NRW) – Änderung des § 65 Abs. 1 und 2

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2359

Vorsitzender Dr. Jens Petersen schickt voraus, der Ausschuss habe in seiner Sitzung am 14. September 2011 beschlossen, sich an der damals angedachten öffentlichen Anhörung nachrichtlich zu beteiligen. Die Anhörung habe zwischenzeitlich jedoch als schriftliche Anhörung stattgefunden. Die Stellungnahmen seien auch dem AWME zugegangen. Der federführende Bauausschuss beabsichtige, morgen seine abschließende Beratung durchzuführen. Heute wäre zu klären, ob der Ausschuss ein Votum abgeben wolle.

Wibke Brems (GRÜNE) informiert, dass dieser Punkt zwar auch noch auf der morgigen Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr stehe, doch würden die eingegangenen Stellungnahmen dazu führen, dass im federführenden Ausschuss noch Änderungen am Gesetzentwurf erfolgten. Vor dem Hintergrund sei unter den Fraktionen des federführenden Ausschusses vereinbart worden, das Thema zu schieben. Dort sei beabsichtigt, den Gesetzentwurf in der Sitzung am 15. Dezember abschließend zu beraten. Insofern bliebe dem AWME zur Abgabe eines Votums noch Zeit bis zum 14. Dezember 2011.

Dietmar Brockes (FDP) stimmt dem Verfahrensvorschlag zu. Da in der schriftlichen Anhörung in der Breite massive Kritik am Gesetzentwurf geäußert worden sei, sei es zu begrüßen, dass man diese Kritik aufnehmen wolle.

Hans-Dieter Clauser (CDU) schließt sich ebenfalls dem Verfahrensvorschlag an. Der Entwurf werfe mehr Fragen auf, als dass er Antworten gebe. Deshalb sei es gut, dass die Koalitionsfraktionen den Anregungen aus der Anhörung nachgegangen seien, und man freue sich auf die Änderungsvorschläge.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

